

Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden V  
lungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Entwicklun  
en Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Methoden Ve  
gen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren

# Methoden . . . Verfahren . . . Entwicklungen

en Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklun  
Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden V  
lungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Entwicklun  
en Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Methoden Ve  
gen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren Entwicklungen Methoden Verfahren

Hinweise und Nachrichten aus dem Statistischen Bundesamt

Ausgabe 1/92

Statistisches Bundesamt  
Bibliothek-Bereich statistischer Archive

Statist. Bundesamt - Bibliothek



97-06626

( 92.6598 )

**Klassifikationen sind ein wichtiges Ordnungsinstrument der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik.**

## Das Stichwort

### Klassifikationen

Klassifikationen sind ein wesentliches Instrument der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik, um quantitativ erfaßte Zustände oder Vorgänge, in eine vorgegebene klassifizierte Ordnung gebracht, verständlich zu machen und tabellarisch und/oder graphisch darzustellen. Die amtliche Statistik benutzt dementsprechend demographische und Wirtschaftsklassifikationen, wobei der Übergang fließend ist; denn demographische Daten lassen z. B. auch Rückschlüsse auf die Zahl der privaten Letztverbraucher, das Arbeitskräftepotential, die Entwicklung des Steueraufkommens und der Soziallasten zu.

**Die amtliche Bevölkerungsstatistik verwendet u.a. Berufs-, Krankheits-, Religions- und Regionalklassifikationen.**

Demographische Daten werden insbesondere bei Volks- und Berufszählungen, beim Mikrozensus, der Beschäftigtenstatistik, der Berufsbildungsstatistik sowie durch die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit erhoben. Rückschlüsse auf die Eigenschaften und die Verhaltensweisen der Befragten lassen sich unter anderem aus den Angaben über Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Wohnsitz, schulische und berufliche Ausbildung und Familiengröße ziehen. Zur Ordnung der Daten stehen als Hilfsmittel folgende Klassifikationen zur Verfügung: Klassifizierung der Berufe sowie Internationale Standardklassifikation der Berufe, Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, Verzeichnis der Religionsbenennungen, Staatsangehörigkeits- und Gebietsschlüsselverzeichnis sowie das amtliche Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland.

**Der amtlichen statistischen Erfassung des Wirtschaftsgeschehens dienen . . .**

Breiten Raum nehmen in der amtlichen Statistik die Wirtschaftsstatistiken ein. Versteht man unter Wirtschaft die Gesamtheit der Einrichtungen und Maßnahmen zur Deckung des menschlichen Bedarfs an Waren und persönlichen Leistungen, so sind Wirtschaftsstatistiken alle Statistiken, die sich auf einen der wirtschaftlichen Sachverhalte zur Erreichung dieses Ziels beziehen. Das sind vor allem die Grundlagen, Vorgänge und Ergebnisse der Güterproduktion – also der von Waren und Dienstleistungen –, als da sind Unternehmen, Betriebe, Investitionen, Material- und Warenverbrauch, Löhne und Gehälter, Produktion und Umsatz. Wir haben es also mit wirtschaftenden Einrichtungen und wirtschaftlichen Gütern zu tun.

**. . . die Klassifikation der Wirtschaftszweige . . .**

Der Begriff der wirtschaftenden Einrichtungen muß hierbei sehr weit gefaßt werden. Er muß alle Institutionen betreffen, die am Wirtschaftskreislauf beteiligt sind, also außer den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben sowie den Freien Berufen auch die Organisationen ohne Erwerbszweck, die privaten Haushalte und die Gebietskörperschaften. Gliederungsgrundlage der wirtschaftenden Einrichtungen ist die Klassifikation der Wirtschaftszweige. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß die wirtschaftenden Institutionen mit allen zu erfassenden Eigenschaften, Tatbeständen und Vorgängen möglichst einheitlich nach bestimmten Merkmalen gegliedert werden. Zu diesen Merkmalen zählen insbesondere die Stellung im Wirtschaftsablauf (Produzent oder letzter Verbraucher), die Frage der Gewinnerzielungsabsicht (Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbszweck und Staat), die Art der Produktion (Waren oder Dienstleistungen), die Stellung im Produktionsprozeß (Urproduktion, Grundstoff-, Produktionsgüter-, Investitionsgüter-, Verbrauchsgüter- oder Nahrungsmittelproduktion), die Art des verarbeiteten Rohstoffs (Gestein und Minerale, Metalle, Holz, Kunststoff, Kautschuk, Naturfasern usw.) und die Art der Nachfrager von Dienstleistungen (Allgemeinheit, Unternehmen, Personen).

**... als Gliederungsgrundlage vieler einzelner Wirtschaftsstatistiken ...**

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige ist Gliederungsgrundlage für die Statistik im Produzierenden Gewerbe, für die Landwirtschaftsstatistik, für Umweltstatistiken, Handwerkszählung, Arbeitsstättenzählung, Statistiken des Handels und Gastgewerbes, Reiseverkehrsstatistik, Verdiensterhebungen in Industrie und Handel, Statistiken der Tariflöhne und der Tarifgehälter, Steuerstatistiken, Mikrozensus, Bilanzstatistik, Statistik der Kapitalgesellschaften sowie die Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren. Außerdem ist sie Gliederungsgrundlage für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, also zusammenfassende Wirtschaftsstatistiken, die nicht auf einen speziellen Sachverhalt angelegt sind, sondern wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge darstellen und ein Gesamtbild des Güter- und Einkommenskreislaufs vermitteln.

**... sowie Güter- und Warenklassifikationen.**

Von nicht minderer Bedeutung sind als zweiter Zweig der Wirtschaftsklassifikationen die Güter- und Warenklassifikationen. Sie dienen dem statistischen Nachweis der von den wirtschaftenden Einheiten produzierten Güter sowie der gehandelten und beförderten Waren und deren Verzollung. Dementsprechend ist zwischen Produktions-Güterklassifikationen sowie Handels-, Zoll- und Verkehrs-Warenklassifikationen zu unterscheiden. Zu den ersten zählen das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken und die Klassifikation der Bauwerke. Zur zweiten Gruppe sind das Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, das Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe und das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik zu rechnen. Das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken und das Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik dienen zudem als Beschreibungsverzeichnisse für die Wirtschaftszweigklassifikation. Dies geschieht durch Zuordnung der einzelnen Positionen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken mittels ihrer Meldenummern zu demjenigen Wirtschaftszweig der Landwirtschaft oder des Produzierenden Gewerbes, der dieses Gut hauptsächlich produziert. In analoger Weise sind die Positionen des Warenverzeichnisses für die Binnenhandelsstatistik mit den entsprechenden Handelszweigen der Wirtschaftszweigklassifikation verknüpft.

**Internationale derartige Wirtschaftsklassifikationen existieren seit den 30er Jahren.**

Bemühungen, die Entwicklung der Weltwirtschaft durch statistische Daten auf der Grundlage internationaler Wirtschaftsklassifikationen transparent zu machen, reichen bis in die 30er Jahre zurück: 1931 veröffentlichte der Völkerbund eine erste internationale Zollklassifikation, bekannt als „Genfer Nomenklatur“. 1948 folgte die Veröffentlichung der Internationalen Standard-Klassifikation der Wirtschaftszweige (ISIC) durch die Vereinten Nationen, 1970 die der Wirtschaftszweigklassifikation in den Europäischen Gemeinschaften (NACE).

**Ihre Harmonisierung gelang zuerst bei den Außenhandels- und Zoll-Warenklassifikationen, ...**

Die zunehmenden internationalen Wirtschaftsverflechtungen führten in den folgenden Jahren zu dem dringenden Wunsch, diese Klassifikationen auf weltweiter, europäischer und möglichst auch nationaler Ebene zu harmonisieren. Dies gelang zuerst auf dem Gebiet der Außenhandels- und Zoll-Warenklassifikationen. Hier wurde 1988 vom Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (RZZ) das weltweit gültige Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS), eine sechsstellige Warenklassifikation herausgegeben. Sie wurde von den Europäischen Gemeinschaften übernommen und durch Anfügung zweier weiterer Gliederungsebenen zur achtstelligen Kombinierten Nomenklatur (KN) der Europäischen Gemeinschaften erweitert. Das Statistische Bundesamt verfeinerte diese Klassifikation für nationale Zwecke nochmals durch eine neunte Stelle zum Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

**... während sie bei den Wirtschaftszweigklassifikationen vor dem Abschluß steht.**

Eine Harmonisierung der Wirtschaftszweigklassifikationen auf weltweiter, europäischer und nationaler Ebene steht vor dem Abschluß. In gemeinsamer Arbeit der Statistischen Ämter der UN und der EG sowie von Teilnehmern der Mitgliedstaaten wurde 1990 eine revidierte vierstellige Fassung der ISIC erstellt (ISIC Rev. 3), die die Grundlage einer revidierten NACE bildet (NACE Rev. 1). Hierzu wurden die beiden ersten Gliederungsebenen der ISIC in die revidierte NACE unverändert übernommen, die dritte und vierte Ebene durch Aufspaltung der Positionen der ISIC verfeinert. Die NACE Rev. 1 wird 1993 die derzeitige Fassung der NACE ablösen. Die künftige nationale Wirtschaftszweigklassifikation des Statistischen Bundesamtes (WZ) wird durch vollständige Übernahme der NACE Rev. 1 sowie Verfeinerung durch eine angefügte fünfte Gliederungsebene erstellt und ebenfalls 1993 eingeführt werden.

**Aus der bereits erstellten Produktions-Güterklassifikation der UN sollen bis 1993 eine verfeinerte europäische und deutsche Klassifikation entstehen.**

Völlig neu ist die Einführung von weltweit, europaweit und national harmonisierten Produktions-Güterklassifikationen, die durch Verknüpfung ihrer Positionen mit den Wirtschaftszweigen der jeweils untersten Gliederungsebene von ISIC, NACE und WZ auch zu deren Erläuterung und Abgrenzung dienen. Die Zentrale Güterklassifikation der UN (CPC) wurde bereits fertiggestellt. Zur Zeit wird hieraus eine verfeinerte Güterklassifikation der EG erstellt, von der durch weitere Aufgliederung eine deutsche Güterklassifikation abgeleitet werden soll. Es ist vorgesehen, beide Klassifikationen bis 1993 fertigzustellen.

## Weiterentwicklung der Erhebung, Aufbereitung und Darbietung von Daten

### Die Landwirtschaftszählung 1991 – Erstmals gesamtdeutsch – Programm und Organisation

Zur Gewinnung aktueller und verlässlicher Zahlen über die Struktur und wichtige Veränderungen in der Land- und Forstwirtschaft wurde im Agrarstatistikgesetz vom 15. März 1989 eine Landwirtschaftszählung (LZ) angeordnet. Diese besteht aus einer Haupterhebung, einer Weinbau-, einer Gartenbau- und einer Binnenfischereierhebung. Die Haupterhebung war für Frühjahr 1991 angesetzt; sie schließt sich inhaltlich an die früher in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Landwirtschaftszählungen von 1979, 1971, 1960 und 1949 an. Die für die Agrarpolitik verantwortlichen nationalen und internationalen Stellen, die bäuerlichen Organisationen, zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen, aber auch die Landwirte selbst sollen und werden die Ergebnisse der Zählung als Entscheidungshilfe nutzen.

Durch den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland erlangte das Agrarstatistikgesetz mit geringfügigen Änderungen (lt. Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991) auch in den neuen Bundesländern Rechtskraft. Somit war die LZ 1991 auch dort durchzuführen; sie schließt sich an die landwirtschaftlichen Betriebszählungen der ehemaligen DDR von 1952 und 1949 an.

Im internationalen Rahmen werden mit dieser ersten größeren agrarstatistischen Zählung im vereinten Deutschland die Anforderungen sowohl der Grunderhebung zur EG- Agrarstruktur-erhebung 1991 als auch der aufgrund einer Empfehlung der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) durchgeführten Weltlandwirtschaftszählung 1990 erfüllt.

In die LZ 1991 waren alle für den Markt produzierenden Betriebe ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) oder – wenn sie weniger als 1 ha LF bewirtschafteten – mit Mindest-erzeugungseinheiten ab einer bestimmten Größe einzubeziehen.

Das Erhebungsprogramm zur LZ 1991 umfaßt die Angaben

- zum Grundprogramm der Agrarberichterstattung über die Viehbestände, die Nutzung der Bodenflächen nach Hauptnutzungs- und Kulturarten und über die Arbeitskräfte sowie deren Arbeitszeiten,
- zum Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung über die Buchführung, die sozial-ökonomischen Verhältnisse der Betriebe sowie über den Anfall und die Ausbringung tierischer Exkrememente, ferner über Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche sowie über Erwerbs- und Unterhaltsquellen und schließlich
- zur LZ-Haupterhebung über die Referenzmengen nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung die Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste, über die Hof-nachfolge, die Art und den Wirtschaftszweig der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit, die Berufsbildung, die Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften und -organisationen, die Ausstattung des Betriebes mit landwirtschaftlichen Maschinen und die soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen.

Die Angaben wurden in den alten Bundesländern teils repräsentativ und teils total sowie in den neuen Bundesländern durchgängig total mit gewissen Änderungen und Einschränkungen erhoben.

Die Durchführung der gesamten Erhebung erfolgte – mit Ausnahme der Viehzählung im Dezember 1990 in den alten Bundesländern – in allen Bundesländern im Mai 1991; sie oblag den Gemeinden als Erhebungsdienststellen unter Einsatz von Erhebungsbeauftragten, nachdem die Statistischen Landesämter mit Hilfe des Betriebsregisters der Landwirtschaftsstatistiken die zu befragenden Betriebe festgestellt, die Erhebungsunterlagen beschriftet und diese den Gemeinden zur Verfügung gestellt hatten.

Zuvor hatten die Statistischen Landesämter die Erhebungsbeauftragten und die mit der Durchführung der Erhebung betrauten Gemeindebediensteten in zahlreichen Schulungsveranstaltungen auf die fachlichen, organisatorischen und datenschutzrechtlichen Fragen des Erhebungsgeschäfts vorbereitet. Der Aufbau der Erhebungsorganisation war besonders in den neuen Bundesländern unter den dort herrschenden Bedingungen des im Umbruch befindlichen Verwaltungssystems mit einem enormen finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand verbunden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit informierten die Fachpresse und andere Medien auf der regionalen Ebene, die Verbände und Fachressorts sowie über Aushänge und Mitteilungsblätter die Gemeinden die Landwirte über die Notwendigkeit, den Umfang und den Zeitpunkt der Erhebung. Ferner wurden die Auskunftspflichtigen nach den Vorgaben des Bundesstatistikgesetzes mit Hilfe besonderer Informationsblätter über den Zweck, die Art und den Umfang der Landwirtschaftszählung, die Auskunftspflicht, die Geheimhaltung und über die Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten unterrichtet.

Das die Landwirtschaftszählung 1991 anordnende Agrarstatistikgesetz von 1989 . . .

. . . erlangte durch den Beitritt der ehemaligen DDR auch in den neuen Bundesländern Rechtskraft.

Die Zählung dient auch der EG-Agrarstruktur-erhebung sowie der Weltlandwirtschaftszählung. . . .

. . . bezieht Betriebe ab bestimmten Größen ein . . .

. . . und umfaßt eine Vielzahl von Merkmalen, auch aus dem Grund- und Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung.

Erhebungsdienststellen waren die Gemeinden.

Besonders in den neuen Bundesländern erforderte die Organisation einen enormen Aufwand.

Die Auskunftspflichtigen wurden weit über das gesetzliche Maß hinaus informiert.

**Nach Abschluß der Datengewinnung im geplanten Zeitraum durchlaufen die Angaben nunmehr den Aufbereitungsprozeß.**

**Die Ergebnisgliederung sichert Kontinuität bei zeitlichen Vergleichen auch für die neuen Bundesländer.**

**Erste Ergebnisse liegen seit August 1991 vor.**

**Ziel ist ein Konzept der Verknüpfung von Wirtschaftsstruktur- und Umweltbelastungsdaten . . .**

**. . . zur Zuordnung von Emissionen zu Emittenten.**

**Ein entsprechender Ansatz wird entwickelt, erprobt und auf seine Eignung für Analysen und Prognosen überprüft.**

Nachdem die Erhebung vor Ort aufgrund der erheblichen Anstrengungen seitens der Gemeinden und der Statistischen Ämter im geplanten Zeitrahmen inzwischen abgeschlossen werden konnte, durchlaufen die Angaben in den Statistischen Landesämtern nunmehr einen aufwendigen und komplizierten Prüf- und Aufbereitungsprozeß. Die manuell durchzuführenden Eingangs- und Vollzähligkeitskontrollen sind beendet; nun werden die Daten erfaßt, EDV-gerecht auf Magnetträger übernommen und mit Hilfe einer Betriebsnummer aus den verschiedenen Erhebungen im Betriebszusammenhang zusammengeführt. Es schließt sich eine umfangreiche EDV-gestützte Plausibilitätsprüfung (ca. 600 Fehlerschlüssel) an. Danach werden die Betriebe nach Größenklassen, Betriebssystemen und anderen für die Auswertung relevanten Kriterien typisiert; weitere Berechnungen aufgrund der Grunddaten werden vorgenommen, bevor die Ergebnisse tabelliert werden können. Insgesamt kommen weit über 100 Datenverarbeitungsprogramme für den Aufbereitungsprozeß zum Einsatz.

Zur Erstellung der Ergebnisse werden zum größten Teil die seit der Landwirtschaftszählung 1971 und der Agrarberichterstattung 1975 entwickelten Tabellen verwendet. Lediglich für die erstmals 1991 erhobenen Merkmalskomplexe, wie z. B. zur Milchreferenzmenge oder über den Anfall und die Ausbringung tierischer Exkremente, sind neue Tabellen zu entwickeln. Darüber hinaus müssen die besonderen Strukturverhältnisse in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer bei der Gliederung der Ergebnisse sowohl in den übernommenen als auch in den neuen Tabellen berücksichtigt werden. Die Kontinuität der Ergebnisse für Vergleichszwecke mit früheren strukturellen Ergebnissen wird in jedem Fall gewahrt.

Erste Ergebnisse über die Strukturverhältnisse in den neuen Bundesländern liegen seit August 1991 in veröffentlichter Form vor. Weitere – allerdings wohl noch vorläufige – Ergebnisse über die Struktur und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland sollen im Agrarbericht 1992 erscheinen. Die Veröffentlichung endgültiger Ergebnisse der LZ 1991 ist ab Mitte 1992 in der Reihe 2 der Fachserie 3 des Statistischen Bundesamtes geplant.

### **Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung**

#### **Forschungsprojekt „Methodenstudie zur Emittenten-Struktur in der Bundesrepublik Deutschland“**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat im Rahmen des Umweltforschungsplans 1989 das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe mit der Durchführung einer Methodenstudie zur Emittentenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland beauftragt, bei der ein Konzept zur Verknüpfung von Wirtschaftsstruktur- und Umweltbelastungsdaten entwickelt und erprobt werden soll. Die Durchführung dieses Forschungsprojekts (ISI: Dr. Olav Hohmeyer) erfolgt in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und dem UBA. Das Projekt wird bis zum Februar 1992 abgeschlossen sein. Ein erster Zwischenbericht wurde im Februar 1990 vorgelegt.

Die Durchführung dieser Studie erfolgte auf Anregung des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), der in seinem Umweltgutachten 1987 Konzepte zur Ermittlung der „Emittentenstruktur“ in der Bundesrepublik Deutschland zur Diskussion stellte. Darin wurde die Notwendigkeit erkannt, „. . . aufzuklären, welche Emittenten zu den jeweiligen Emissionen beitragen . . .“. Ein derartiges Konzept erweitert eine rein anlagenbezogene Erfassung von Emissionen. Durch die Verknüpfung von Emissionsangaben für einzelne Emittentengruppen mit Wirtschaftsstrukturdaten ergeben sich erweiterte Analysemöglichkeiten. So können z. B. in Verbindung mit Input-Output-Modellen neben den direkten Emissionen der Unternehmen bzw. privaten Haushalte auch die durch den Bezug von Vorprodukten verursachten – indirekten – Emissionen in Untersuchungen einbezogen werden. Vom Aufbau einer Datenbasis auf der Ebene der Emissionen einzelner Schadstoffe und Emittentengruppen wird eine Entscheidungshilfe bei der weiteren Ausgestaltung der Umweltpolitik erwartet.

Das Forschungsvorhaben hat drei Hauptaufgaben:

1. Entwicklung eines empirischen Erhebungskonzepts:
  - Darstellung der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Aktivität und Schadstoffemissionen in den Umweltbereichen Luft, Wasser, Abfall, Boden und den Möglichkeiten umweltentlastender Maßnahmen.
  - Prüfung der Verwendbarkeit von Daten aus der Umwelt- und Wirtschaftsstatistik und der Möglichkeiten, noch fehlende Daten zu erhalten; Erarbeitung von Vorschlägen für eine einheitliche, übergreifende Datenstruktur.
2. Erprobung des empirischen Erhebungskonzepts mittels vorhandener Daten aus dem Bereich der Statistik, wichtiger Einzeluntersuchungen und von technischen Spezifikationen umweltrelevanter Einzelprozesse.
3. Zusammenfassende Auswertung der Datenbasis und Untersuchung, inwieweit der Ansatz als Analyse- und Prognoseinstrument im Bereich der Umweltpolitik eingesetzt werden kann.

Das Statistische Bundesamt liefert dazu Daten unter anderem aus der UGR.

Das Statistische Bundesamt unterstützt das Forschungsvorhaben mit der Bereitstellung von Daten aus der Umwelt- und Wirtschaftsstatistik. Darüber hinaus wurde im Zuge des Aufbaus der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) – insbesondere des Bausteins 2 „Emissionsmodell“ – ein Ansatz zur Gewinnung von Emissionsdaten zu den wichtigsten Luftschadstoffen – Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Kohlendioxid – in der Gliederung nach emittierenden Produktionsbereichen und privaten Haushalten entwickelt. Erste Ergebnisse wurden veröffentlicht in „Ausgewählte Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung 1975 bis 1990“ (Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, Heft 18).

Im Energiebereich konnten bereits Determinanten der Emissionsentwicklung bestimmt werden.

Bei diesem Ansatz wurden insbesondere die vom UBA ermittelten Emissionen bestimmter Schadstoffe, die auf den Einsatz einzelner Energieträger in Verbrennungs- und Verbrauchsprozessen zurückgehen, berücksichtigt. Mit Hilfe der vom UBA quantifizierten Emissionsfaktoren für einzelne Energieträger und der Daten zum Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte aus der Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes (Input-Output-Tabellen wurden zuletzt in Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 2 „Input-Output-Tabellen“, für die Berichtsjahre 1985 bis 1988 veröffentlicht) konnten die Emissionen in der Gliederung nach Emittenten und Energieträgern bestimmt werden. Die Verknüpfung dieser Emissionsdaten mit Wirtschaftsstrukturdaten und erste Analysemöglichkeiten wurden beispielhaft in einer Untersuchung der Entwicklung der Schwefeldioxidemissionen zwischen 1980 und 1988 aufgezeigt (siehe Mayer, H.: „Aufkommen und Verwendung von Energie 1978 bis 1988“ in Wirtschaft und Statistik 9/1990, S. 620 ff). Dabei konnten folgende Determinanten der Emissionsentwicklung quantitativ bestimmt werden:

- das Nachfrage- und Produktionsniveau der Volkswirtschaft,
- die Energieeinsatzkoeffizienten (Energiespareffekte)
- und die Emissionsfaktoren (Effekte von unterschiedlichen Umwelttechniken).

Abschätzen lassen sich auch Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen.

Eine derartige Ex-post-Analyse ermöglicht eine Abschätzung der Wirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen, z.B. von gesetzlichen Auflagen zur Luftreinhaltung, auf die gesamte Emissionsentwicklung. Darüber hinaus kann ein derartiges statistisches System auch dem Zweck dienen, „umweltpolitische Ziele und Strategien auf ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft hin zu analysieren“ (SRU-Umweltgutachten 1987, Kennziffer 258). Die Erprobung derartiger Nutzungsmöglichkeiten durch das Fraunhofer-Institut verspricht daher auch interessante Aufschlüsse über Anwendungsmöglichkeiten des Emissionsbausteins der UGR des Statistischen Bundesamtes.

## Auslandsecho

### EUROFARM – Eine neue Konzeption der EG-Agrarstrukturerhebungen

Seit 1975 finden in den Mitgliedstaaten der EG auf Grund von Verordnungen des Rates der EG in jedem zweiten Jahr Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (EG-Agrarstrukturerhebung) statt. Die Ergebnisse dieser Erhebung wurden dem Statistischen Amt der EG (Eurostat) in Form von Summensätzen entsprechend einem mit den Mitgliedstaaten vereinbarten Tabellenprogramm übermittelt. Dieses Verfahren erwies sich aus der Sicht der Kommission für die laufenden Arbeiten, insbesondere aber für schnelle Analysen strukturpolitischer Ad-hoc-Fragestellungen, als zu umständlich, zeitraubend und kostspielig. Daher wurde in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und der Kommission von Eurostat ein neues System zur Auswertung und Verbreitung der Erhebungsergebnisse mit der Bezeichnung „Projekt EUROFARM“ erarbeitet, das anpassungsfähiger und schneller sein soll, das Angebot und Nachfrage agrarstatistischer Daten besser aufeinander abstimmt und gleichzeitig die Arbeitsbelastung der Mitgliedstaaten verringert.

EUROFARM wurde zur verbesserten Auswertung und Verbreitung von Daten der EG-Agrarstrukturerhebung entwickelt.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 wird die Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997 angeordnet. In Anhang II dieser Verordnung wird das Projekt EUROFARM wie folgt geregelt:

Kern ist die Übermittlung anonymisierter Individualdaten aus den Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Deutschland an Eurostat.

1. Die Mitgliedstaaten übermitteln Eurostat innerhalb einer vorgegebenen Frist die geprüften und anonymisierten Individualdaten (betriebliche Einzeldaten) der EG-Agrarstrukturerhebungen in Form eines festgelegten EG-einheitlichen Bandsatzaufbaus.
2. Die Individualdaten werden in einer Datenbank BDI (Banque de Données Individuelles) innerhalb eines Datenverarbeitungszentrums der Kommission gespeichert, zu der nur die mit der Anwendung der o.g. Verordnung betrauten Eurostat-Mitarbeiter Zugang haben.
3. Aus den Individualdaten werden die im Gemeinschaftsprogramm festgelegten Tabellen sowie Ad-hoc-Tabellen erstellt.
4. Eurostat verpflichtet sich, die Individualdaten nur für statistische Zwecke zu verwenden, garantiert die Vertraulichkeit und Zuverlässigkeit der erstellten Ergebnisse und informiert die Mitgliedstaaten über deren Verwendung.

5. Gleichzeitig mit den Individualdaten übermitteln die Mitgliedstaaten Eurostat gemeinsam vereinbarte Kontrolltabellen für Prüfzwecke.
6. Abweichend von vorstehend genannten Regelungen ist die Bundesrepublik Deutschland von der Übermittlung der Individualdaten ausgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist verpflichtet, die Individualdaten der Erhebungen innerhalb einer Frist von 12 Monaten nach Abschluß der Arbeiten zur Datenerhebung in einem einzigen Datenverarbeitungszentrum zu speichern und Eurostat die benötigten Tabellen zu übermitteln.

Die Tabellen werden erst nach Zustimmung der Mitgliedstaaten allgemein zugänglich.

EUROFARM ermöglicht auch Tabellenerstellungen außerhalb eines Standardprogramms.

Die aus den Individualdaten erstellten Tabellen werden bei Eurostat zunächst in einem sogenannten „privaten Bereich“ gespeichert, zu dem nur Dienststellen der EG-Kommission und die datenliefernden Stellen der Mitgliedsländer (privilegierte Benutzer) Zugriff haben. Nach Überprüfung und Freigabe der Ergebnisse durch die Mitgliedstaaten sollen die Ergebnisse auch für die übrigen Benutzer zur Verfügung stehen.

Das Projekt EUROFARM ist somit eine Kombination von Datenbanken und Datenverarbeitungssystemen, die es der Kommission ermöglicht, auf der Basis der bei den EG-Agrarstrukturerhebungen in den Mitgliedstaaten ermittelten Einzelangaben neben den Ergebnissen der Standardtabellen kurzfristig Ergebnisse in anderen als in dem Tabellenprogramm festgelegten Gliederungsstufen und Merkmalskombinationen, deren Notwendigkeit nicht vor auszusehen war, für aktuelle agrarpolitische Zwecke zur Verfügung zu stellen.

## Veranstaltungen

### 5. Wiesbadener Gespräch: Volkszählung 2 000 – oder was sonst?

Diskutiert wurden Forschungsergebnisse zu alternativen Volkszählungsverfahren und Möglichkeiten ihrer Umsetzung.

Mit dem 5. Wiesbadener Gespräch eröffnete das Statistische Bundesamt die öffentliche Diskussion um künftige Volkszählungen. Ausgehend vom Informationsbedarf in modernen Gesellschaften wurden am 14. und 15. November 1991 in Wiesbaden Forschungsergebnisse zu alternativen Volkszählungsverfahren vorgestellt und Möglichkeiten ihrer Umsetzung von Statistikern und Politikern diskutiert. Hintergrund der Diskussion bildeten die mit der Volkszählung 1987 sowie die in der ehemaligen DDR mit Volkszählungen gemachten Erfahrungen. Wie die hohe Teilnehmerzahl – es diskutierten etwa 200 Experten aus den Bereichen Politik, Statistik, Sozial- und Wirtschaftsforschung, Markt- und Meinungsforschung sowie Datenschutz –, wie aber auch die Intensität der Diskussion zeigte, weckt die Volkszählung öffentliches Interesse und reizt, wie keine andere Befragung, zum Widerspruch – methodisch und inhaltlich.

Speziell für die Kommunalpolitik und empirische Sozialforschung sind differenzierte regionale Informationen von großer Bedeutung.

Die Grundzüge des Bedarfs an Informationen über die Bevölkerung wurden im Themenbereich 1 aus der Sicht der Kommunalpolitik und aus der Sicht der empirischen Sozialforschung beleuchtet. Der Bürgermeister der Stadt Frankfurt a. M., Dr. Hans-Jürgen Moog, veranschaulichte die kommunalpolitische Bedeutung von aktuellen und verlässlichen Daten in kleinräumiger Gliederung für die Kommunalpolitik am Beispiel der Sozial-, Verkehrs-, Wohnungs- und Sanierungsplanung. Die von den Kommunen benötigten Daten seien weder über Stichproben allein noch mit Hilfe freiwilliger Befragungen in hinreichender Qualität zu erhalten. Der Sozialwissenschaftler und empirische Sozialforscher Professor Dr. Walter Müller, Mannheim, prognostizierte für unsere Gesellschaft, infolge zunehmend disparitärer Lebenslagen, einen hohen Bedarf an differenzierten regionalen Informationen. Er wies empirisch nach, daß freiwillige Erhebungen – aufgrund des Mittelstands-Bias und weiter abnehmender Beteiligungsquoten – die soziale Lage der Bevölkerung positiver darstellen als sie tatsächlich ist. Als langfristig tragfähigste Alternative zu einer herkömmlichen Volkszählung betrachtet Professor Dr. Müller aus der Sicht der Sozialforschung eine – auch schon in anderen Ländern teilweise praktizierte – Kombination einer Auswertung von Einwohnerregistern mit einer auf einer Großstichprobe basierten Befragung.

Kritisch beleuchtet wurden Erfahrungen aus früheren Volkszählungen.

Ein zweiter Schwerpunkt des Tagungsprogramms war unter den Stichworten „Bestandsaufnahme, Probleme, Wünsche“ den Erfahrungen in den alten und in den neuen Bundesländern mit Volkszählungen gewidmet. Im Mittelpunkt der Kritik standen dabei eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die für die Durchführung vor Ort und für die Nutzung der qualitativ hochwertigen Daten außerordentlich einengend waren und die die Kosten der Zählung stark erhöhten. Mit der Forderung, Teile der Volkszählung durch die Auswertung von Einwohnermelderegistern zu ersetzen, der Darstellung der Volkszählungspraxis in der ehemaligen DDR und mit Hinweisen auf aktuelle Probleme in der Bevölkerungsstatistik der neuen Bundesländer wurde zum Themenbereich „Alternative Wege der Volkszählung“ übergeleitet.

Das Statistische Bundesamt regte die Weiterentwicklung des Einwohnermeldewesens als eine Unterstützungsmöglichkeit an.

Die Methodendiskussion über Alternativen zur bisherigen Form der Volkszählung führte zunächst zu Negativ-Feststellungen: mit einer reinen Stichprobe und nur einer Stichprobe sei keine Lösung zu finden, auch nicht im Jahr 2 000. Ebenso wenig seien freiwillige Erhebungen als Volkszählungersatz geeignet. Die naheliegende Alternative, wichtige demographische Grunddaten über die statistische Auswertung von Einwohnermelderegistern zu gewinnen, wird – wie gezeigt wurde – in den Kommunen zwar angewandt, doch stehen einer flächendeckenden Auswertung noch qualitative, organisatorische, metho-

dische und juristische Hindernisse entgegen. Das Statistische Bundesamt forderte, die in umfangreichen Forschungsprojekten aufgezeigten Defizite des Einwohnermeldewesens zu beseitigen und in die konkrete Planung zur Weiterentwicklung des Einwohnermeldewesens einzusteigen. Dabei sollten die berichteten guten Erfahrungen, die in Rheinland-Pfalz mit einem zentralen landesweiten Einwohnermelderegister, in den neuen Bundesländern mit dem Zentralen Einwohnerregister (ZER) und in vielen Städten mit übergemeindlich koordinierten Einwohnermelderegistern gemacht wurden, mit diskutiert werden. Bekanntlich nimmt das ZER in den neuen Bundesländern die Aufgaben des Meldewesens wahr, solange die örtlichen Meldebehörden ihre Aufgaben nicht ohne das zentrale Register erfüllen können. Das ZER ist – gemäß den Regelungen im Einigungsvertrag – zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens am 31. Dezember 1992, aufzulösen. Wie der Moderator des 5. Wiesbadener Gesprächs, Professor Dr. Grohmann, angesichts der Berichte über den Stand des Aufbaus der kommunalen Meldestellen feststellte, würde „es als mißlich empfunden, wenn dieses zentrale Register, das für die rein verwaltungsmäßigen und statistischen Zwecke von Vorteil wäre, erst ganz aufgelöst würde und dann allmählich wieder zu mittleren Zentren zusammengeschlossen werden müßte. Man sollte hier darauf achten, daß der Übergang vernünftig gestaltet wird“.

**Das Statistische Amt der EG forderte Volkszählungen auch für die Zukunft, möchte den Mitgliedstaaten jedoch die Methodenwahl überlassen.**

Wie die aus dem Ausland berichteten Erfahrungen zeigen, sind die mit Volkszählungen zusammenhängenden Probleme nicht auf Deutschland beschränkt. In Dänemark ist die Auswertung von Verwaltungsregistern seit 1981 an die Stelle der Volkszählung getreten. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften wird auch zukünftig – bei allem Bemühen um Vereinheitlichung – den einzelnen Ländern Freiheiten in der Methodenwahl lassen. Der Generaldirektor des Amtes, Yves Franchet, ließ aber keinen Zweifel daran, daß die Gemeinschaft zur Wahrung ihres sozialstaatlichen Handelns auch künftig Volkszählungen braucht. Um die politische Umsetzung des Vorhabens zu erleichtern schlug Franchet vor, den Katalog der zu erfassenden Variablen klein zu halten und den Schwerpunkt auf Merkmale rein demographischer Natur sowie auf Größen der Fortschreibung zu legen.

**Die auch mit Bundestagsabgeordneten besetzte Podiumsdiskussion befaßte sich u.a. ebenfalls mit Unterstützungsmöglichkeiten durch das Einwohnermeldewesen.**

Die Diskussion der einzelnen Vorträge und erst recht die abschließende Podiumsdiskussion „Konsequenzen für eine künftige deutsche Volkszählung“ mit den Bundestagsabgeordneten Hans Gottfried Bernrath (SPD), Dr. Margret Ellen Funke-Schmitt-Rink (F.D.P.) und Dr. Dorothee Wilms (CDU) verdeutlichte, daß um Lösungen gerungen werden muß. Die Politiker begrüßten es, daß das Statistische Bundesamt die Methodendiskussion angestoßen habe und frühzeitig das Gespräch mit der Politik suche. Neben den Erfahrungen, die Politiker, Konsumenten und Statistiker mit der 87er Volkszählung bzw. mit Statistik im allgemeinen gemacht haben, wurden die Voraussetzungen der Möglichkeit einer Auswertung der Einwohnermelderegister diskutiert. Präsident Hölder sprach sich dafür aus, das Melde-recht bundesweit zu harmonisieren und über organisatorisch-rechtliche Änderungen (z.B. Einrichtung von Landesmeldestellen) die Grundlage zu legen, damit bei der Volkszählung alternative Verfahren angewendet werden können.

Die Beiträge und die Podiumsdiskussion des 5. Wiesbadener Gesprächs werden in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ veröffentlicht.

## **Veranstaltungskalender**

### **Internationale Konferenz "New Techniques and Technologies for Statistics"**

Ziel der vom 24. – 26. Februar 1992 in Bonn stattfindenden Veranstaltung ist es, einen Überblick über die Auswirkungen neuer Techniken und Technologien auf den Bereich der Statistik, speziell die amtliche Statistik, zu geben. Die Konferenz wird organisiert vom Statistischen Amt der EG und der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) in Zusammenarbeit mit nationalen Statistischen Ämtern und dem International Statistical Institute. Konferenzsprache ist Englisch.

Nähere Informationen sind erhältlich über das GMD-Konferenz-Sekretariat New Techniques and Technologies for Statistics, Frau Ch. Harms, Postfach 1316, 5205 Sankt Augustin 1, Tel. 0 22 41 / 14 24 73, Telefax 0 22 41 / 14 26 18.

### **Pfingsttagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft**

An der Universität Passau findet vom 10. bis 12. Juni 1992 die Pfingsttagung der Ausschüsse für „Empirische Wirtschaftsforschung und angewandte Ökonometrie“, „Neuere Statistische Methoden“ und „Statistik in Naturwissenschaft und Technik“ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und der Konferenz der Hochschullehrer für mathematische Statistik statt.

Weitere Informationen erhalten Sie von Prof. Dr. Walter Schweitzer, Universität Passau, Postfach 25 40, 8390 Passau, Tel. 08 51 / 509-218.

---

## Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik

---

### Heft 16

**Zeitverwendung der Personen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten im Gebiet der ehemaligen DDR 1974, 1980, 1985 und 1990**

### Heft 17

**Zeitbudgeterhebung der amtlichen Statistik  
– Beiträge zur Arbeitstagung vom 30. April 1991 –**

### Heft 18

**Ausgewählte Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung  
1975 bis 1990**

### Heft 19

**Wohnungsmieten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

### Heft 20

**Zur Einsetzbarkeit von Laptops in Haushaltsbefragungen in der Bundesrepublik Deutschland – Schlußbericht zur SAEG-Studie –**

Schutzgebühr für die Hefte 16, 19 und 20: DM 5,- und für die Hefte 17 und 18: DM 10,-. Außerdem können noch die Hefte 1 bis 15 bezogen werden.

---

## Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

hrsg. vom Statistischen Bundesamt

---

### Band 15

Nils Diederich, Egon Hölder, Andreas Kunz u. a.

**Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland**

1990 · 183 Seiten · DM 17,60 · Bestellnummer 1030415-90900

### Band 16

Egon Hölder und Mitarbeiter

**Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung**

1991 · 159 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer 1030416-91900

### Band 17

**Tourismus in der Gesamtwirtschaft**

– Ergebnisse des 4. Wiesbadener Gesprächs am 28./29. März 1990 –

1991 · 157 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer 1030417-91900

### Band 18

**Statistik im Übergang zur Marktwirtschaft – Probleme und Lösungsansätze**

1991 · 345 Seiten · DM 20,70 · Bestellnummer 1030418-91900

### Band 19

Walter Müller, Uwe Blien, Peter Knoche, Heike Wirth u. a.

**Die faktische Anonymität von Mikrodaten**

1991 · 512 Seiten · DM 23,20 · Bestellnummer 1030419-91900

### Band 20

**Neue Wege raumbezogener Statistik**

(in Vorbereitung)

Außerdem können noch die **Bände 1 und 3 bis 14** bezogen werden.

---

### Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 6200 Wiesbaden 1

Telefon (06 11) 7525 18, Telex 4 186 511, Telefax 724000.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.